

Elsterwerdaer Platz fertig bauen

Unbebaute Flächen für Wohnungsbau nutzen

Seit mehr als zwanzig Jahren „ziert“ ein Bauzaun eine große Fläche am Elsterwerdaer Platz. Sie ist, wie die bereits bebauten Flächen des Nahversorgungszentrums, für Einzelhandel und Gewerbe vorgesehen. „Dafür ist absehbar kein Bedarf vorhanden“, stellt Peter Langer, Vorsitzender der FDP im Bezirk, fest. Die Liberalen in Marzahn-Hellersdorf fordern daher die Umwidmung für den Wohnungsbau. Das Gleiche gelte für die freie Fläche an der Haltoner Straße neben der im Bau befindlichen Schule, bisher als Gewerbestandort vorgesehen. „Hier sollte in die Höhe gebaut werden.“ So könnten mindestens 150 Wohnungen in verkehrsgünstiger Lage geschaffen werden. „Wir beseitigen damit einen Schandfleck; die neuen Gebäude würden einen Blickpunkt schaffen und dazu beitragen, den Platz zu beleben. Hier sollen attraktive Wohnungen entstehen, die helfen, der Wohnungsknappheit auf dem Berliner Wohnungsmarkt entgegenzuwirken,“ unterstrich Langer. „Die Tiefgarage unter einer Teilfläche ist bereits zusammen mit dem Einkaufszentrum gebaut worden. Hier werden also keine

wertvollen Grünflächen versiegelt.“ Das Bezirksamt solle in Verhandlungen mit den Grundeigentümern über die Umwidmung der Flächen eintreten und anschließend die baurechtlichen Voraussetzungen schaffen, fordert die FDP.

Auch für den Platz selbst hat die FDP Ideen. Da ein mehrgeschossiges Bürgerhaus nicht mehr infrage kommt, weil hierfür die Gebäude des ehemaligen Guts Biesdorf genutzt werden, könnte stattdessen ein eingeschossiger Pavillon als Standort für ein Restaurant, Café oder ähnliches gebaut werden. „Unsere Vorschläge stärken den Elsterwerdaer Platz als Einkaufsstandort, schaffen zusätzlichen Wohnraum und entwickeln den Standort zum auch architektonisch wahrnehmbaren Mittelpunkt des Ortsteils Biesdorf,“ so Langer abschließend.



Vernunft statt Verschwendung: Baumgesetz ist Symbolpolitik

Der Berliner Senat will zwei Milliarden Euro aus dem Bundes-Schuldenpaket in ein sogenanntes Baumgesetz investieren. Das entspricht rund 40 % der aus diesem Topf für Berlin zur Verfügung stehenden Mittel. FDP-Landeschef Christoph Meyer fordert, das Geld stattdessen in Krankenhäuser, Schulen, Sicherheit und Verwaltung zu stecken: „Berlin braucht funktionierende Strukturen, keine teure Symbolpolitik. Was

könnte man mit dem Geld alles machen: Sanierung von

„Erst Grundsätzliches reparieren, dann Bäume pflanzen“

Schulen, Polizeiwachen und Feuerwehr, sicherere und saubere Bahnhöfe, Brücken, die nicht bröckeln oder eine Verwaltungsinfrastruktur, die funktioniert.“

Berlin habe einen milliarden schweren Sanierungsstau, den man nicht mit Symbolpolitik lösen könne, so Meyer. „Statt 1 Million Bäume brauchen wir 1 Million funktionierende Strukturen. Der Senat verkennt die wahren Prioritäten der Hauptstadt. Für uns ist klar: Erst Grundsätzliches reparieren, dann Grünflächen erweitern. Vernunft statt Verschwendung.“

Auch an die denken, die eine Wohnung suchen



Persönliche Gedanken zum 09.11.1989

Egal, was Heidi Reichinnek will, und auch, wenn manch verklärter AfD-Anhänger in Ostalgie schwelgt – ich will das DDR-System nicht zurück.

Schon als Kind litt ich unter Repressalien, weil meine Eltern selbständig waren. Ich hätte in der DDR nicht studieren dürfen, nur weil meine Eltern selbstständig waren. Ich wurde in der Schule gegängelt, nur weil meine Eltern selbstständig waren. Ich habe schon früh lernen müssen, was ich in der Schule und unter Freunden sagen durfte und was nicht. Während meine Eltern als „Auszeichnung“ zum 50. Betriebsjubiläum ausnahmsweise nach Kroatien fahren durften, musste ich als Pfand zurückbleiben, um auszuschließen, dass meine Eltern „abhauen“. Über die stille Enteignung meiner Familie durch die Wohnraumpolitik in den 70er Jahren könnte ich Stunden reden.

Für mich ist ganz klar: Nie wieder Sozialismus! Egal, ob rot oder braun.

Tommy Diener

Wohnt in Biesdorf und ist Mitglied der FDP seit 2003

Wer vor dem verschlossenen Eingang der Kleeblatt-Passage steht, dem wird schnell klar: Dieses leerstehende und verwahrloste Gebäude muss weg. Hier wird sich niemand mehr finden, um ein Gewerbe zu betreiben. Das zeigt die immer noch über dem ehemaligen Laden der Drogeriekette Schlecker, seit 2012 pleite, hängende Leuchtreklame. Der Bezirk will das Quartier durch die Aufstellung eines Bebauungsplans entwickeln und den Bau von Wohnungen ermöglichen. Seit Sommer liegt für den Teilbereich der abzureißenden Passage bereits eine Baugenehmigung für fünf Gewerbeeinheiten im Erdgeschoß und 340 Wohnungen in darüberliegenden bis zu zehn Geschossen vor. Geplante Fertigstellung 2026. So zeigt es der Internetauftritt des Projektentwicklers.

Aktuell hat die Bezirksverordnetenversammlung mit den Stimmen von AfD, Grünen und Linken dem Antrag einer Anwohnerinitiative zugestimmt, die mehr Transparenz im Verfahren, eine maximale Höhe von vier Geschossen und eine bessere Nahversorgung fordert. „Dass sich die Mehrheit von CDU und SPD durch Enthaltung wegduckt und den politischen Rändern das Feld für ideologische Zwecke überlässt, ist mir unbegreiflich,“ kommentiert das FDP-Bezirksvorstand Harald Wurr.

„Wir Freie Demokraten wollen keine abgehängten Quartiere. Wir begrüßen daher den Abriss der leerstehenden Passage und die Errichtung dringend benötigten Wohnraums zu bezahlbaren Preisen,“ erklärte Wurr. Da eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft den Komplex nach Fertigstellung übernehmen werde, sei wohl kaum zu erwarten, dass es hier um die „Interessen von profitgetriebenen Investoren“ gehe, wie es in der Begründung des Einwohnerantrags heißt. Die Linke hatte bei dessen Formulierung geholfen, wie sie in der BVV erklärte. Auch von „zusätzlicher spekulativer Bebauung“ ist im Text die Rede. „Es ist doppelt verantwortungslos, was die Linke betreibt. Man kann nicht wegen Wohnungsknappheit die Enteignung von

privaten Wohnungsunternehmen fordern und gleichzeitig verhindern wollen, dass ausreichend neue Wohnungen für sozial Schwächere durch die landeseigenen Betriebe gebaut werden.“

Die Menschen haben mit ihrem Einkaufsverhalten darüber abgestimmt, dass die Kleeblattpassage in ihrer jetzigen Form keine Zukunft hat. Sie tätigen ihre Einkäufe woanders. Da hilft es auch wenig, wie die Einwohnerinitiative es vermittelt, vergangenen Zeiten nachzutrauern. Das Ensemble aus Kaufhalle, Dienstleistungswürfel und Club-Gaststätte kommt nicht wieder. Dessen überschaubares Angebot hoffentlich auch nicht. Nur wenn mehr Menschen eine größere Nachfrage schaffen, werden sich auch wieder Gewerbetreibende niederlassen. Wurr „Der Staat kann und muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Er betreibt aber selbst weder Club-Gaststätten noch Blumengeschäfte. Das ist auch gut so.“

Amt soll zu den Bürgern kommen

„Es ist erfreulich, wenn sich die seit Jahren unbefriedigende Situation bei der Terminvergabe in den Bürgerämtern allmählich verbessert. Noch erfreulicher wäre es allerdings, wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht zum Amt kommen müssten sondern das Amt zu ihnen,“ meint Anja Molnar, stellvertretende Vorsitzende der FDP im Bezirk. In vier Berliner Bezirken gibt es das schon, mit dem „Mobilen Bürgeramt“. Da macht sich die Verwaltung auf den Weg und geht dorthin, wo sie benötigt wird, unter anderen in Krankenhäuser, an Universitäten, in Pflegeeinrichtungen. Es werden lediglich ein geeigneter Platz sowie ein Tisch und zwei Stühle gebraucht. Einen Bürgeramtskoffer, der die Erledigung der üblichen Aufgaben vor Ort ermöglicht, bringen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit. „Was in anderen Teilen der Stadt erprobt wurde, sollte auch in Marzahn-Hellersdorf möglich sein.“